

Albrecht von Lucke

1968 oder Die Emanzipation des Bürgers



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Soeben ist von ihm im Wagenbach-Verlag erschienen: *68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht*.
albrecht.vonlucke@blaetter.de

»Kein anderes Jahr wird bis heute als so prägend für die Bundesrepublik angesehen wie 1968.«

Wenn im Jubiläumsjahr 2008 nicht etwa die alternative *taz*, sondern Springers *Welt* jeden Tag mit diesem Satz an ein Ereignis von vor 40 Jahren erinnert – dann muss man dies wohl als besondere Ironie der Geschichte begreifen. Schließlich saßen 1968 die erbittertsten Gegner der revoltierenden Studenten im Springer-Hochhaus und denunzierten den Aufstand wahlweise als linke Spinnerei oder pubertären Jugendprotest.

Heute dagegen steht über die einstigen Gräben hinweg eines fest: 1968 gehört zu den Schlüsseljahren in der Geschichte der westlichen Nachkriegsdemokratien. Speziell für die Bundesrepublik hat »68« den Charakter einer Zäsur, die in ihren traumatischen Folgen bis heute nachwirkt. Dieses Jahr spaltet wie kein anderes die Republik.

Umstrittene Einschätzung

Die einen, wie der Philosoph Jürgen Habermas, erkennen in den Jahren 67/68 den Beginn der bundesdeutschen »Fundamentalliberalisierung«, die anderen, wie sein Gegenspieler Hermann Lübke, sehen die fortdauernde Bedeutung der 68er-Bewegung nur »in ihren Schadensfolgen«.

So fasste bereits Anfang der 80er Jahre der damalige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und vormalige Bundesfamilienminister Bruno Heck die Fundamentalkritik an 1968 wie folgt zusammen: »Die Rebellion von 68 hat mehr Werte zerstört als das Dritte Reich. Sie zu bewältigen, ist daher wichtiger, als ein weiteres Mal Hitler zu überwinden.« Die erstaunlichen Äußerungen der ehemaligen *Tagesschau*-Sprecherin Eva Herman, wonach »Werte wie Familie, Kinder und das Mutterdasein, die auch im Dritten Reich gefördert wurden, anschließend durch die 68er abgeschafft wurden«, lasen sich insofern wie ein später Widerhall der Thesen Hecks und wurden durch *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann noch verstärkt, der in »68« nur eines sieht: den »Epochenbruch der deutschen Gesellschaft in Richtung Egozentrik, Mittelmaß und Faulheit«.

Von einer einheitlichen Einschätzung des Jahres 1968 kann somit keine Rede sein. Streitverstärkend kommt hinzu, dass »68« zum Namensgeber einer ganzen Generation wurde. Wie im vorletzten Jahrhundert von den »48ern«, ist

seit über dreißig Jahren von den »68ern« die Rede. Das Jahr 1968 wurde zur »historischen Kennziffer einer Generation« (*Silvia Bovenschen*).

Jahrzehntlang wurde die Debatte um 68 überdeckt von der Frage: Was wird aus den 68ern? Doch etwas ist anders in diesem Jubiläumsjahr. Seit dem Ende der rot-grünen Koalition und dem Abgang der »68er an der Macht« im Jahr 2005 erleben wir eine neue Diskussion. Heute geht es nicht mehr um die Zukunft der 68er-Generation, sondern um die Bedeutung der historischen Ereignisse und ihre gesellschaftliche Wirkung.

Denunziatorische Absichten

Im Mittelpunkt steht dabei immer mehr die Frage nach dem politischen Selbstverständnis der Republik: Was kennzeichnet den mündigen Bürger? Welche Eigenschaften machen ihn aus? Auf diese Frage versuchten die kulturellen Deutungskämpfe der letzten Jahre eine Antwort zu geben. Dem Modell 68, das unter dem Brandtschen Diktum »Mehr Demokratie wagen« den *citoyen* mit einer gemeinwohlorientierten Einstellung zu begreifen lernte, wird dabei ein neu-altes Bürgerverständnis entgegengestellt, das unter dem Signum der »Neuen Bürgerlichkeit« firmiert und den vormaligen Besitzbürger, den *bourgeois*, zu rehabilitieren versucht. Damit wird die eigentliche politische Leistung von 68 nachhaltig in Frage gestellt – nämlich in Auseinandersetzung mit der deutschen und speziell der nationalsozialistischen Geschichte für eine grundlegend andere demokratische Öffentlichkeit und umfassende gesellschaftliche Partizipation gesorgt zu haben.

Um diese Leistung zu diskreditieren, wird von interessierter Seite ein neuer Gegensatz heraufbeschworen, nämlich zwischen »Bewegung« und »Bürgerlichkeit«. Zu diesem Zweck wird eine haltlose Kontinuitätslinie von 1933 bis 1968 konstruiert – von der NS- bis zur Studenten-»Bewegung«.

Besonders eindeutig zeigt sich diese Tendenz im jüngsten Buch des Historikers Götz Aly, dereinst SDS-Aktivist in Berlin. Reichlich sündenstolz, und als wollte er das Staffelholtz des Führers nachträglich aufnehmen, nennt er seine jüngste Abrechnung mit den eigenen Untaten *Unser Kampf*. Die Studentenbewegung wird bei Aly zum totalitären Wurmfortsatz des Nationalsozialismus.

Erstmals zeigte sich dieses denunziatorische Motiv bereits in der Debatte um die SS-Angehörigkeit von Günter Grass. Als hätten sie nur darauf gewartet, stürzten sich seine Kritiker auf jenes FAZ-Interview, in dem sich der Dichter – neben seinem »SS-Geständnis« – zudem »erdreistete«, Konrad Adenauer und die Leistungen der 50er Jahre zu kritisieren. Was dabei gemeinsam unter dem Schlagwort der »Neuen Bürgerlichkeit« firmierte, war eine neue generationsübergreifende Allianz – von FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher über den damaligen *Spiegel*-Kulturchef Matthias Matussek, *Welt am Sonntag*-Chefredakteur Christoph Keese, *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann und *Zeit*-Feuilletonchef Jens Jessen bis hin zum Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio und zu den Historikern Paul Nolte und Arnulf Baring. Sie alle eint eine seit lan-

»Um 68 zu diskreditieren, wird eine haltlose Kontinuitätslinie von 1933 bis 1968 konstruiert – von der NS- bis zur Studenten-»Bewegung.«

gem gehegte Gewissheit: dass ein untergründiger antibürgerlicher Zusammenhang zwischen 1933 und 1968 besteht, der für den Zustand des Landes und speziell für dessen Missstände verantwortlich ist. Und als oberster Gewährsmann dieser Kontinuität fungierte Günter Grass.

»Man sieht den 78-Jährigen vor sich wie einen, der sofort wieder auf eine Ideologie hereinfallen könnte, wenn sie nur antibürgerlich genug daherkäme und ein Ende der Klassengesellschaft verspräche. Und«, stößt der Autor der *Zeit*

»Jede Debatte um die Bedeutung von 68 war immer auch ein Kampf um die politisch-kulturelle Deutungshoheit in der Republik.«

weiter zum zentralen Punkt vor, »in der Tat war das ja die Verheißung der Studentenbewegung nach 1968, die sich gegen die Spießigkeit der Elterngeneration wandte, genauso wie Grass es seinerzeit tat, als er sich zum Wehrdienst meldete.« 1933 und 1968 haben in dieser Lesart dieselbe ideologische Wurzel.

Von Anfang an ging es in dieser Debatte also weniger um das literarische Werk von Günter Grass als vielmehr um dessen politisches Engagement als Bürger der Bundesrepublik. Die Grass-Debatte war ein Kampf um die politisch-kulturelle Deutungshoheit. Und es dürfte mehr als ein Zufall gewesen sein, dass zeitgleich zahlreichen anderen engagierten Angehörigen der Flakhelfer- oder 45er-Generation der Vorwurf der verschwiegene NS-Mitgliedschaft gemacht wurde, von Dieter Hildebrandt über Walter Jens bis Siegfried Lenz – jenen also, die während der 60er Jahre maßgebliche Stimmen bei der links-liberalen Wende der Bundesrepublik gewesen waren und damit den 68ern erst den Boden bereitet hatten.

Die Grass-Kontroverse reiht sich damit ein in den zwar nicht koordinierten, aber von den verschiedensten Seiten betriebenen Versuch, die vorgebliche Sachlichkeit der Adenauer-Republik, mit ihrer Vorherrschaft ökonomisch-instrumenteller Effizienz, gegen die Politisierung im Zuge der 60er Jahre in Stellung zu bringen – und auf diese Weise die 50er Jahre endgültig zu rehabilitieren und zur letztlich entscheidenden bundesrepublikanischen Dekade zu deklarieren, gegen die Emanzipation des *citoyens* im Zuge von 68.

»Neue Bürgerlichkeit« als Kampfbegriff

Gleichzeitig driftet das Neue Bürgertum in eine apolitische Haltung, die von Kritik an dieser Gesellschaft nichts mehr wissen will. Gegen die Politisierung des Privaten im Zuge von 68 wird eine neue Ideologie kreiert, um den eigenen Rückzug ins Private zu legitimieren. Mit Wolfgang Sofskys *Verteidigung des Privaten* hat dieser Eskapismus aus der gesellschaftlichen Verantwortung heute bereits seinen philosophischen Überbau gefunden. »Das Selbst geht dem Sozialen voraus«, lautet dessen individualistische Kernthese – in bewusster Abkehr vom Aristotelischen *zoon politikon* und der Arendtschen *vita activa*. Der gesellschaftliche Raum und Zusammenhalt eines *animal sociale* sind nach Sofsky dem eigentlichen Menschsein gegenüber allenfalls sekundär. Damit wird die abgeschlossene *gated community* zum Inbegriff menschlichen Lebens: »Die Mauer gehört zu den wichtigsten Erfindungen der Menschheit. (...) Hinter dem Wall kann das Individuum die Waffen fallen lassen, mit denen es sich ge-

gen die Zumutungen der Öffentlichkeit zu wappnen pflegt. Die Mauer sichert die persönliche Freiheit.«

Wenn Sofsky dabei voller Ekel die Ausdünstungen der Mitmenschen wie deren zunehmende Lärmbelästigungen und verbale Unflätigkeiten beklagt, teilt er die eigentliche Grundüberzeugung aller Neu-Bürgerlichen: das Ressentiment, ja den Ekel gegenüber den sozial Ausgegrenzten. Zeitgleich mit der Entstehung der Neuen Bürgerlichkeit werden diese unter dem Begriff der Neuen Unterschicht zusammengefasst. Das eigentliche politische Grundübel geht nach Auffassung der Neu-Bürgerlichen grundsätzlich vom Staate und dessen Bemühen aus, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Fiskalische Steuerhoheit, polizeiliche Aufsicht, pedantische Rechtsprechung, gesetzgeberische Gängelung – etwa im Falle von Diskriminierungs- und Rauchverbot – alles wird den Neuen Bürgerlichen zum Ausdruck staatlicher Gleichmacherei, die die privaten Freiheitsrechte beschneidet und in letzter Konsequenz zum Totalitarismus führen muss.

Der Kampf der Neuen Bürger gegen den angeblichen »Siegesszug des Etatismus« und die alles dominierende Gleichmacherei richtet sich dabei immer mehr gegen die uneinsichtige Bevölkerung, die sich mit der Bundestagswahl 2005 der schwarz-gelben («bürgerlichen») Koalition und damit dem propagierten radikalen Staatsabbau dezidiert verweigert hat. Die radikalsten »Reformer« fordern bereits, wie der Publizist A.F. Lichtschlag in der *Welt*, allen »Nettostaatsprofiteuren, Beamten, Politikern, Arbeitslosen und Rentnern das Wahlrecht zu entziehen, weil deren wachsende Mehrheit jeden noch produktiven Menschen niederstimmt.« Die Devise ist klar: »Weniger Demokratie wagen« – vom Verhältniswahlrecht zurück zum Zensus- oder Klassenwahlrecht.

»Die Devise im Kampf der Neuen Bürgerlichkeit ist klar: ›Weniger Demokratie wagen‹ – gegen den angeblichen ›Siegesszug des Etatismus.‹

Der emanzipatorische Bürgerbegriff

Den 1968 entwickelten Anspruch auf umfassende Demokratisierung der Gesellschaft gibt dieses Bürgertum neu-bürgerlicher, neo-liberaler Ausprägung völlig auf. Tatsächlich erleben wir damit heute, gut eine Generation nach 68, ein ähnliches Phänomen wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nach der gescheiterten Revolution von 1848 propagierten zahlreiche Radikal-Demokraten zunehmend national-liberale Ziele und eine darauf gerichtete »Realpolitik« (*Ludwig August von Rochau*). Im Zuge der deutschen Einigungskriege von 1864 und 1866, vor allem aber nach Gründung des Deutschen Reiches 1871, wendete sich das Bürgertum von den vormaligen Idealen ab. Der Verrat der bürgerlichen Intellektuellen und großer Teile des Bildungsbürgertums bestand darin, dass sie sich nach der Bismarckschen Reichseinigung ausschließlich an der adeligen Schicht und deren militaristischen Mustern orientierten und zunehmend autoritär und reaktionär wurden. Was 1848 noch gemeinsam auf den Barrikaden gestanden hatte, Bürgertum, Handwerk und Teile der entstehenden Arbeiterklasse, wurde wieder voneinander getrennt. Die nicht nur materielle, sondern vor allem mental verfestigte Spaltung der Gesellschaft war

die Folge. An die Stelle des Ideals des politischen Bürgers trat die Distinktion zur Verteidigung der eigenen Privilegien gegen die aufbegehrende Arbeiterklasse.

Heute erkennen wir wieder ganz ähnliche Spaltungstendenzen. Damit stehen die integrativen Errungenschaften der alten Bonner Republik auf dem Spiel. 1968 hatte für einen emanzipatorischen Bürgerbegriff gesorgt, dessen Verständnis engagierter Partizipation nicht an den ökonomischen Klassengrenzen Halt machte, sondern die Arbeiter mit einbezog. Wenn dagegen derzeit, bereits mit Blick auf die Bundestagswahl 2009, ein Wahlkampf ganz im Stil des Kalten Krieges vorexerziert wird – nämlich eines sogenannten »bürgerlichen Lagers« gegen die »blutrote Koalition« (*Erwin Huber*) von Linkspartei und SPD –, dann werden wieder ganz bewusst die alten Klassenfronten in Stellung gebracht: hier der *bourgeois*, der die bürgerlichen Tugenden, Anstand, Sitte und Besitz, für sich gepachtet hat, dort der angebliche Prolet, neid erfüllt und voller Ressentiments, der dem ehrbaren Bürger nach dem Eigentum trachtet, um auf diese Weise die produktive Leistungsgesellschaft zu nivellieren.

Dieses reaktionäre, *bourgeoise* Bürger-Verständnis wurde 1968 mit einem neuen Begriff von Bürgerlichkeit konfrontiert – im Sinne von Solidarität und Engagement. Erst die späten 60er Jahre bedeuteten den Bruch mit der tief in der

»1968 hatte sich in französisch-republikanischer Tradition der *citoyen* gegen den *bourgeois* durchgesetzt.«

deutschen Geschichte angelegten Untertanenmentalität. Über die Bürgerbewegungen der 70er und 80er Jahre, die mit den Themen Frieden, Frauen und Umwelt das vermeintlich Private als politisch erkannten und damit neue Perspektiven eröffneten, führte ein mehrfach unterbrochener Weg über die Gründung der Grünen (1980) und Willy Brandts Rede von der

»neuen Mehrheit links von der Union« (nach der Hessen-Wahl 1983) schließlich 1998 zur rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Indem die 68er bei ihrem »langen Marsch durch die Institutionen« (*Rudi Dutschke*) doch noch ans realpolitisch geschrumpfte Regierungsziel gelangt waren, schien sich endgültig ein neuer Bürgerbegriff durchgesetzt zu haben. Erstmals hatte sich in französisch-republikanischer Tradition auf ganzer Breite der *citoyen* durchgesetzt, der als Staatsbürger aktiv und eigenverantwortlich am öffentlichen Leben teilhat. Ruhe galt nicht länger als erste Bürgerpflicht.

Heute dagegen steht mit der radikalen Kritik an 68 dieses aufgeklärte Bürgerverständnis im Zentrum der Kritik. Der Wahlkampf der kommenden zwei Jahre, dessen Ouvertüre wir gegenwärtig erleben, wird auch den Beweis dafür erbringen, was sich letztlich durchsetzt – ein zivilgesellschaftliches Bürgerverständnis im Geiste von 1968 oder doch jenes alte *bourgeoise* Bürgertum des Nachtwächterstaates, durch das eine auf Solidarität und Emanzipation ausgerichtete Linke als »Steigbügelhalter der Kommunisten« diffamiert und damit ganz gezielt ausgegrenzt wird – zum Schaden der Republik.